

Rede Oskar Lafontaine:

Liebe Freundinnen und Freunde, liebe Genossinnen und Genossen,

vielen Dank für die Einladung. Ich bin gerne hierher gekommen, um auf euren Parteitag meine Überlegungen zur Bildung der neuen Linke in der Bundesrepublik in Deutschland vorzutragen.

Wir werden nachher in Erfurt, und deshalb bitte ich um Verständnis, wenn ich nicht ausführlich bei der Debatte teilnehmen kann, gemeinsam mit den Bundesvorständen der beiden beteiligten Parteien beraten über Programm, Satzung und Finanzordnung, und ich möchte daran teilnehmen und ich hoffe, ihr habt Verständnis dafür.

Nun zu der Frage, warum brauchen wir eine neue Linke in Deutschland? Was ist ihre Zielsetzung und wie begründet sie sich? Ich glaube, wenn wir die Ereignisse der letzten Tage Revue passieren lassen, dann haben wir sehr schnell eine ganze Reihe von Gründen, warum es eine neue politische Kraft in Deutschland braucht, die sich als Linke versteht. Gestern waren wir alle gemeinsam auf den Protestkundgebungen des Deutschen Gewerkschaftsbundes. Auf diesen Protestkundgebungen ist deutlich geworden, in welchem Umfang mittlerweile auch in diesem Industriestaat Bundesrepublik Deutschland, der nach wie vor ein reicher Industriestaat ist, Menschen arm geworden sind. Die Gewerkschaften sprechen von 10 Millionen Menschen, sie definieren Armut über ein Einkommen, das geringer als 940 Euro ist, und sie verweisen zurecht darauf, dass Millionen Menschen Hartz IV-Empfänger sind, oder von Hartz IV leben, und wir haben in der Bundestagsdebatte in dieser Woche über die Niedriglöhne gesprochen, und haben darauf hingewiesen, dass rund 5 Millionen Menschen weniger Stundenlöhne haben als notwendig wäre, um einigermaßen überhaupt leben zu können. Das ist die Situation in unserem Lande und nun kann man ja die Frage stellen, warum hat sich das so entwickelt, was ist die Ursache oder wo müssen wir ansetzen. Da weise ich immer auf etwas hin, was viel zu wenig in Deutschland besprochen wird. Besprochen wird beispielsweise, dass wir eine niedrige Wahlbeteiligung haben, und da wird aber auch die Frage diskutiert, warum ist denn die Wahlbeteiligung so niedrig? Viel zu wenig wird aber eine klare Analyse geliefert, die ich wie folgt geben möchte. Wir haben eine Situation in der Bundesrepublik Deutschland, die es in dieser Form noch nicht gegeben hat. Und diese Situation ist dadurch gekennzeichnet, dass die Volksvertretung, das Parlament, der deutsche Bundestag in allen wichtigen Fragen der Steuer-, Sozialpolitik, auch der Außenpolitik, gegen die deutliche Mehrheit des Volkes stimmt. Ich wiederhole noch einmal, die Volksvertretung, die ja eigentlich von sich sagt, sie würde das politisch vertreten, was die Bevölkerung will, stimmt in vielen Fragen des Steuer-, Sozialrechts, des Rentenrechts und der Außenpolitik gegen die Mehrheit des Volkes. Als ich das vor zwei Tagen im Deutschen Bundestag sagte, war selbst der Parlamentspräsident aufgewacht, ein CDU-Mann, Lammert, beschwerte sich darüber, dass man so etwas überhaupt vortragen könne. Ich hatte gesagt, das Volk will keine Mehrwertsteuer, ihr beschließt sie einfach, ohne mit der Wimper zu zucken. Das Volk will ein anderes Steuersystem. Ich hatte darauf hingewiesen, die Bevölkerung will die Rente mit 67 Jahren nicht, das stört euch alles nicht, ihr beschließt sie einfach. Ich hatte darauf hingewiesen, dass es große Proteste gab, insbesondere hier im Osten, gegen die Hartz-Gesetzgebung, das hat den Bundestag nicht bewegt, zwei Drittel der Bevölkerung war dagegen, es wurde einfach beschlossen. Es wurde darauf hingewiesen, dass keiner auf die Idee käme jetzt in dieser Situation, wo die Rekordgewinne der Unternehmen jeden Tag nachlesbar sind, die Unternehmenssteuer weiter zu senken, das stört euch aber alles nicht, ihr senkt die Unternehmenssteuer weiter usw., und habe dann gesagt, und ihr seid noch nicht mal in der Lage, eine einfache Entscheidung zu treffen, nämlich den Menschen, die 40 Stunden in der Woche arbeiten, einen Mindestlohn zu garantieren, der ihnen dann einigermaßen menschenwürdiges Leben ermöglicht. Und ich habe gesagt, was ist das für eine Anmaßung zu

behaupten, in Deutschland könne man nicht, was man in der großen Mehrheit der europäischen Nachbarstaaten kann. Es ist doch unglaublich, dass wir hier einen nicht verantwortbaren Sonderweg in Deutschland gehen.

Beifall.

Die Zahlen sind eindeutig. Und da ist es auch ziemlich uninteressant, wie man das Ganze bezeichnet. Ob die einen von Unterschichten sprechen, ob andere davon reden, dass die Armut sich in Deutschland ausbreitet oder was weiß ich auch immer, auf jeden Fall sind die Zahlen eindeutig und sie sind eine große Herausforderung an die Politik.

Und deshalb ist es nicht so einfach dahergesagt, wenn ich darauf hinweise und jeder von euch kann vieles ergänzen, das sind alle entscheidenden Fragen, die die Volksvertretung gegen die Mehrheit des Volkes stimmt. Da kann ja irgendetwas in unserem demokratischen System nicht mehr stimmen. Da ist sicherlich ein Hinweis der, dass viele Abgeordnete des Deutschen Bundestages, ich denke jetzt an die Gesundheitspolitik, und insbesondere an die so genannten Experten, in ihren Entscheidungen nicht mehr frei sind. Sie sind deshalb nicht mehr frei, weil sie nicht nur die Diätenbezieher sind, sondern weil sie auf der Lohnliste irgendwelcher Wirtschaftsverbände oder irgendwelcher Unternehmen stehen. Und dies halten wir als politische Linke für völlig unerträglich. Wir brauchen eine Gesetzgebung, die sicherstellt, dass Abgeordnete im Interesse des Gemeinwohls entscheiden und nicht im Interesse irgendwelcher Wirtschaftsverbände oder irgendwelcher Wirtschaftsunternehmen.

Beifall

Und das ist auch ein erster Anspruch, den wir an uns selbst richten müssen. Wir müssen ja immer wieder die Frage stellen, was machen wir denn selbst auch falsch. Und an uns selbst müssen wir den Anspruch richten, dass für die politische Linke Deutschland, für die neue Linke keiner ein Mandat hat, der nebenbei auf einer Lohnliste eines Wirtschaftsunternehmens oder eines Wirtschaftsverbandes stehen. Dadurch wollen wir uns von den anderen Parteien unterscheiden, wir dürfen nicht käuflich sein. Das muss ein Unterscheidungsmerkmal der politischen Linke gegenüber anderen Parteien sein.

Beifall.

Das ist ein Strukturproblem unserer Öffentlichkeit in unserer Demokratie, ihr kennt ja alle die großen politischen Sendungen, die Millionen Zuschauer haben. Und in diesen politischen Sendungen wird dann immer wieder erzählt, es sei unabwendbar in Deutschland - um den internationalen Wettbewerb zu erhalten -, dass soziale Leistungen gekürzt, die Steuern für Unternehmen, für Vermögende, für Spitzenverdiener gesenkt werden, damit der Leistungswille erhalten bleibt usw., usw. und natürlich sei es unabdingbar, dass wir im Gesundheitssystem kürzen und dass die Menschen sich stärker an der Finanzierung selbst ihrer Gesundheit beteiligen. Die ganzen Debatten sähen ganz, ganz anders aus, wenn da im Fernsehen immer ein Band lief, und zwar nicht mit den Aktienkursen, sondern darauf stünde der betreffende Professor, ist nebenbei noch dotiert von diesem Versicherungskonzern, von jener Bank und von diesem Pharmaunternehmen, dann wüssten die Fernsehzuschauer wirklich, wer da eigentlich redet, wer die Interessen vertritt.

Beifall.

Wir haben also eine Situation in Deutschland, die durchaus bedenklich ist, und die uns alle besorgt machen muss, und ihr habt ja darüber bereits geredet, wie ich gehört habe, dass dann Menschen sagen, wir sind ja gar nicht mehr vertreten, und dass sie dann aus Empörung, aus Enttäuschung, aber vielleicht auch weil sie bereits verführt sind, gedanklich Rechte wählen, und die Rechte wieder stark wird in Deutschland, und das muss doch die Herausforderung an uns Linke sein, und das ist es auch bei der Bundestagswahl gelungen. Wir müssen die Adresse

für all diejenigen sein, die glauben, sie sind von den Hartz-IV-Parteien nicht mehr vertreten, allein das ist doch schon ein historischer Auftrag an die neue Linke in Deutschland. Diese Menschen brauchen doch wieder Vertrauen in eine politische Partei.  
Beifall.

Und dieses Vertrauen müssen wir uns jeden Tag neu erwerben. Wir dürfen dabei auch nicht unkritisch gegenüber unseren eigenen Entscheidungen sein. Ich will ein aktuelles Ereignis ebenfalls ansprechen, das etwas zu tun hat mit unserer Zukunft, nämlich die Entscheidungen hinsichtlich der Klage Berlins beim Bundesverfassungsgericht. Die Klage ist anders beantwortet worden vom Verfassungsgericht, als viele das geglaubt haben. Das Verfassungsgericht hat gesagt, ja Berlin, denen geht es zwar schlecht finanziell dieser Stadt in diesem Land, je nachdem, auf welcher staatlicher Ebene man Berlin dann einordnen will, aber es geht ja vielen anderen Ländern auch schlecht, und daher ist das kein Sonderfall, und daher können wir also nicht entscheiden, eine besondere Notlagesituation, wir müssen euch durch gesamtstaatliche Hilfen unterstützen. Und es war ja die große Hoffnung des Berliner Senats, auch unserer Freunde im Berliner Senat, dass die konsequente Sparpolitik der letzten Jahre das Verfassungsgericht bewegen würde, Berlin zu helfen. Diese Hoffnung, das müssen wir zunächst einmal sagen, ist nicht aufgegangen. Und da ist es doch entscheidend, welche Schlüsse daraus gezogen werden, nicht nur in Berlin, sondern auch in allen anderen Ländern, die erhebliche finanzielle Probleme haben. Und das ist wiederum erstaunlich, dass das nahe liegende in Deutschland überhaupt nicht diskutiert wird. Und das nahe liegende ist, dass wir uns endlich einmal Rechenschaft darüber geben müssen, was wir dem Staat geben wollen oder was wir ihm nicht geben wollen. Und dass wir uns Rechenschaft darüber geben müssen, warum wir in Deutschland die niedrigste Steuer- und Abgabenquote im gesamten europäischen Bereich haben. Während der europäische Durchschnitt 40 Prozent von der gesamten Wirtschaftsleistung ist, leisten wir uns in Deutschland eine Steuer- und Abgabenquote von 34 Prozent. Das heißt, uns fehlen allein auf den Durchschnitt gerechnet pro Jahr 130 Milliarden Euro in den örtlichen Kassen. Und würden wir uns an den Nachbarn im Norden orientieren, an Schweden oder Dänemark, dann hätten wir eine Steuer- und Abgabenquote von 50 Prozent. Das hieße also, wir hätten 330 Milliarden pro Jahr mehr in den örtlichen Kassen. Es zeigt sich doch hier, dass wir vor einer großen gesamtstaatlichen Entscheidung stehen. Wollen wir die Schulen immer weiter ausbluten lassen, wollen wir die Forschung immer weiter verkümmern lassen, wollen wir unsere Zukunft in so etwas immer weiter verlieren, wollen wir die soziale Not immer größer werden lassen, wollen wir die Arbeitslosigkeit nicht energisch bekämpfen oder werfen wir das Ruder herum und sagen, wir müssen mehr gesamtgesellschaftliche Verantwortung haben, wir müssen uns endlich an den Maßstäben orientieren, an denen sich unsere europäischen Nachbarstaaten orientieren. Nicht mehr, aber auch nicht weniger fordert die politische Linke in Deutschland.  
Beifall.

Denn diese niedrige Steuer- und Abgabenquote ist einer der erfolgreichsten Tricks des Neoliberalismus gewesen. Weil diese niedrige Steuer- und Abgabenquote zwingt ja alle Gemeinden und zwingt alle Länder, eine bestimmte Politik zu machen, die ja überwiegend von der Bevölkerung abgelehnt wird oder überwiegend von den Mandatsträgerinnen und Mandatsträgern abgelehnt wird, die sie zu exekutieren haben. Und natürlich sind wir dann bei einem Thema, das uns in den letzten Monaten sehr stark beschäftigt hat, bei dem Thema der Privatisierung. Hier schließt sich dann die Steuer- und Abgabenquote zusammen mit der demokratischen Frage in der Republik. Warum haben wir gesagt, wir können den Prozess der Privatisierung – so wie er gelaufen ist - nicht weiterlaufen lassen. Und warum haben wir auch selbstkritisch darüber diskutiert, warum denn in eigenen Reihen privatisiert worden ist. Nehmen wir Berlin, ich denke an den Wohnungsbereich, das kann man ja noch vertreten,

angesichts des hohen Bestandes der Wohnungen, in der Stadt Berlin, dass dort die eine oder andere Wohnung privatisiert worden ist, aber man muss sich letzten Endes doch die Frage beantworten, welchen Bestand brauchen wir, um überhaupt städtebauliche Entwicklung gestalten zu können in Berlin und das Mietpreisniveau in Berlin steuern zu können. Aber spätestens als in Dresden der gesamte Wohnungsbestand veräußert worden ist, da musste sich doch die politische Linke fragen, ist das tatsächlich der Weg, den wir gehen wollen, weil einige unserer Mandatsträgerinnen und Mandatsträger da zugestimmt haben.

Beifall.

Und da ist doch die Antwort ganz klar, wenn wir also hier sagen, wie Knut Korschewsky es gesagt hat, wir wollen eine konsequent sozialistische Partei sein, dann müssen wir doch sagen, diese Partei muss immer die Frage von Eigentum und Macht stellen. Und diese Partei muss zumindest zu dem Ergebnis kommen, dass die Privatisierung öffentlichen Eigentums so niemals weitergehen kann, sonst ist sie in keinem Fall eine linke Partei.

Beifall.

Natürlich hat der Hausherr Gründe, wenn er sagt, ich kriege ja für die Wohnung so und so viele hundert Millionen Euro und da sind meine Schulden weg und da ist der Haushälter zunächst mal ganz glücklich. Aber wenn man Politik macht, muss man sich die Frage stellen, was will ich denn langfristig. Wie wollen wir denn langfristig zusammenleben. Und da zeigt sich eben, dass der Weg der Privatisierung in vielen Städten und Gemeinden – auch in manchen Ländern – auch beim Bund, Post, Bahn, um hier einige Stichworte einzufügen, das dies ein Irrweg ist und das will ich sagen ein Irrweg, weil - ich habe ja schon darauf hingewiesen – wie die Armutsentwicklung zu bewerten ist, ein Irrweg, weil er eng zusammenhängt mit der Frage, sind wir noch eine Demokratie oder sind wir keine Demokratie. Als ich junger Stadtverordneter in Saarbrücken war, in der Stadt, in der ich lange Zeit auch Bürgermeister war, da konnten wir noch entscheiden über die Frage, wie hoch ist der Wasserpreis, wie hoch ist der Strompreis, wie hoch ist der Gaspreis, wie hoch sind die Parkgebühren, wie hoch sind die Gebühren überhaupt? Wir konnten doch entscheiden über die Mietpreishöhe usw., usw.

Ja, wenn das mit der Privatisierung so weitergeht, dann kann man ganze Kommunalparlamente auflösen, weil sie letztendlich nicht mehr zu entscheiden haben. Aber die Linke darf doch diesen Verlust an Demokratie nicht akzeptieren.

Beifall.

Die Frage von Eigentum und Macht ist also eine Sache, die die Linke immer beschäftigen muss. Und wenn sie darüber nachdenkt, welche Bereiche sie denn vielleicht in örtlicher Verantwortung zukünftig haben will, da muss sie zumindest zu dem Ergebnis kommen, dass die Kernbereiche kommunaler Gestaltung nicht privatisiert werden dürfen. Es gibt ja wirklich Verrückte, die meinen, das Wasser müsse man privatisieren, das ist ja unglaublich, das notwendigste, um überhaupt zu leben, das ist die Lebensgrundlage unserer Welt, privatisieren zu wollen, irgendwo muss doch die Profitsucht gestoppt werden. Und diejenige politische Kraft, die das macht, das muss die politische Linke in Deutschland sein.

Beifall.

Und deshalb ist es ja sehr zu begrüßen, dass wir hier - und Dieter Hausold hat hier ebenfalls darauf hingewiesen – im Zusammenhang mit der Energieversorgung über die Frage von Eigentum und Macht, über die Frage von Demokratie und Besitzverhältnisse sprechen, das kann doch keinen zufrieden stellen, wenn beispielsweise jetzt wir in Deutschland auf der Stromseite monopolartige Märkte haben. Und wenn die monopolartigen Märkte mittlerweile zur sozialen Frage der Republik werden, nicht irgendwie zu einer technokratischen Frage,

noch nicht mal mehr in erster Linie nur zu einer Frage des Umweltschutzes und der Ökologie, nein sie werden zu einer sozialen Frage, weil sie eben keine Konkurrenz mehr miteinander haben, sich absprechen und die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes auf schamlose Weise abzocken. In bisher noch nie gekanntem Ausmaß, liebe Genossinnen und Genossen. Beifall.

Und da hat die Linke eine ganz klare Antwort und sie gibt es im Deutschen Bundestag und sie gibt es in den Ländern und sie gibt es in den Gemeinden.

1. Nach Möglichkeit muss die Energieversorgung wieder in öffentliche Verantwortung überführt werden. Es ist dich wirklich ein Irrweg gewesen, mehr und mehr Stadtwerke zu verknopfen und sich diesen Gestaltungsspielraum völlig preiszugeben. Aber eines, das wissen wir, ist dringend notwendig. Wir brauchen eine Verstaatlichung der Netze, weil es nicht sein kann, dass hier die Erzeuger selbst auch die Netze im Besitz haben und doppelten Reibach machen und wenn man so will überhaupt keine marktwirtschaftliche Konkurrenz mehr möglich ist. Das ist im übrigen die Idee eines Urliberalen gewesen John-Stuart Mill, um den Namen einmal zu nennen, der in seinen Werken bereits darauf hingewiesen hat, dass wissen natürlich die FDPler von Westerwelle nicht mehr, aber der in seinen Werken darauf hingewiesen hat, dass es bestimmte Bereiche der Wirtschaft gibt, wo es keine marktwirtschaftliche Konkurrenz zu organisieren möglich ist. Man kann eben nicht 100 Netze nebeneinander bauen und dann konkurrieren die unterschiedlichen Netzbetreibe miteinander. Nein das ist eben ein klassischer Fall von Monopolsituation und da muss es gesellschaftliche Verantwortung geben und die Linke muss das konsequent vertreten, sonst hätte sie ihren historischen Auftrag verfehlt.

Wenn ich schon John-Stuart Mill zitiert habe, dann möchte ich darauf hinweisen, dass es hier sogar einen Berührungspunkt zwischen der klassischen sozialistischen und sozialdemokratischen Bewegung auf der einen Seite und der liberalen Bewegung auf der anderen Seite gibt.

Und ich möchte einmal ein Gründervater der Westrepublik nennen, das ist Walter Eugen. Dieser Ökonom, dieser Nationalökonom war derjenige, der die marktwirtschaftliche Ordnung der Bundesrepublik Deutschland nach dem 2. Weltkrieg maßgeblich mitgestaltet hat. Und nun sagt er folgenden Satz als Credo seines liberalen Bekenntnisses. Er sagt: Es geht nicht um die Kontrolle wirtschaftlicher Macht, sondern es geht um die Verhinderung wirtschaftlicher Macht.

Und genau hier berühren sich Überlegungen der sozialistischen, der demokratisch-sozialistischen Bewegungen in aller Welt auch mit liberalen Ideen, die ich an dieser Stelle einmal markiert habe. Und dann wird man auf einmal auf den Sachverhalt hingeführt, dass dieser Ökonom ja in einer Welt gelebt hat, die es heute nicht mehr gibt. Denn wir haben heute 500 große Konzerne, die die Hälfte der Weltwirtschaft kontrollieren. Ich konfrontiere damit die Idee, man müsse die wirtschaftliche Macht verhindern. Das ist ja die Grundlage jeder marktwirtschaftlicher Ordnung. Es ging dabei nicht nur um die Effizienz des Wirtschaftssystems. Es ging auch um die demokratische Frage. Die Verhinderung unkontrollierter wirtschaftlicher Macht ist und bleibt ein Anliegen der Linken. Und hier haben wir dann auch die Gelegenheit das kritisch aufzuarbeiten, was in den Sozialismusversuchen in der vergangenen Jahrzehnte oder des vergangenen Jahrhunderts falsch gelaufen ist. Jedes System muss etwas die Formel Rosa Luxemburgs beherzigen. „Kein Sozialismus ohne Demokratie und keine Demokratie ohne Sozialismus“ und d. h., es geht in unserer Gesellschaft nicht nur und ausschließlich um wirtschaftliche Effizienz, es geht auch immer um Machtkontrolle und Demokratie. Und wenn wir über die Ordnung der Wirtschaft nachdenken, dann müssen wir um Machtkontrolle und Demokratie ringen. Deshalb steht es

beispielsweise in einem Papier, Manifest genannt, was ich zusammen mit Gregor Gysi, Lothar Bisky, Klaus Ernst, Katja Kipping usw. vorgelegt habe. Und da steht drin, wir fördern die 3 Millionen kleinen Unternehmen, die weniger als 10 Beschäftigte haben und weniger als 10 Millionen Umsatz. Es steht aber genauso deutlich drin, dass ab einer bestimmten Größenordnung, wenn gesamtgesellschaftliche Folgen der Unterscheidung dieser Unternehmen zu befürchten und zu erwarten sind, eine gesellschaftliche Verantwortung gegeben sein muss. Das bindet eben das zusammen, was Liberale und Sozialdemokraten und Sozialisten über ein Jahrhundert lang gedacht und vorgedacht haben. Wir wollen nicht die Fehler für Jahre wiederholen, indem wir alles dem Staat überantworten, wir wollen aber auch nicht der Blauäugigkeit des Kapitalismus, das Private ist überhaupt das Beste und der Staat soll so weit wie möglich zurück gedrängt werden. Nein wir glauben daran, die Demokratie lebt davon, dass gesellschaftliche Kontrolle und insbesondere die Kontrolle der Macht für die Bürgerinnen und Bürger möglich ist.

Beifall.

Und da freue ich mich, dass Dieter Hausold, das hat er mir vorhin ins Ohr geflüstert, nicht das ihr meint, ich hätte hellseherische Fähigkeiten, dass er auch die direkte Demokratie in seinem Beitrag angesprochen hat.

Wenn das so ist, wie ich schon vorhin dargestellt habe, und jeder kann das hier überprüfen, dass die Volksvertretung in Berlin immer gegen die Mehrheit des Volkes stimmt, bei Steuern, bei Soziales, auch in Fragen der Außenpolitik. Dann ist da die Frage, was kann man dann da tun? Und da haben wir als Linke zunächst mal eine Antwort, die Gott sei Dank völlig unstrittig ist in unserer Partei, die Antwort nämlich, dass wir mehr direkte Demokratie brauchen. Also Volksbegehren und Volksentscheide. Und das gilt nicht nur anonym auf Bundesebene oder so, sondern es gilt natürlich auch auf Länderebene und davon hat Dieter auch gesprochen auf kommunaler Ebene. Denn direkte Demokratie, wo kann sie am ursprünglichsten erfahren werden, wenn nicht in den Städten und Gemeinden, und deshalb fordern wir direkte Demokratie, auch in Städten und Gemeinden, damit die Bürgerinnen und Bürger wieder erleben können, was Demokratie bedeutet.

Aber ein zweites haben wir neu von Seiten der Bundestagsfraktion in unsere programmatische Diskussion eingebracht. Das ist die Erfahrung anderer europäischer Länder.

Gestern waren wir in Berlin mit 80 000 und haben protestiert gegen die unsoziale Politik der letzten Monate. Aber ich sage immer wieder in Gesprächen mit den Gewerkschaftskollegen. Es kann aber nicht dabei bleiben, dass wir uns versammeln, protestieren und der Bundestag entscheidet dann doch wieder das glatte Gegenteil von dem, was die Menschen auf diesen Versammlungen fordern. Und deshalb wollen wir französisch lernen, d. h., wir wollen auch den politischen Streik, mit dem es uns möglich ist, die Regierung dazu zu zwingen, Gesetze wieder zurückzunehmen, die gegen die Interessen des Volkes gerichtet sind.

Beifall.

Es gibt nur 3 Länder in Europa, die das nicht kennen. Das sind Deutschland, Dänemark und Großbritannien. Die anderen Länder kennen diese Einrichtungen. Das hat eine eigene Geschichte hier in Deutschland. Aber es muss doch jeden bewegen. Ich sprach vorhin davon, ihr habt darüber diskutiert, wie wird der Rechtsradikalismus groß?

Ich kann noch sagen, warum gehen immer weniger Menschen zur Wahl. Ich könnte auch sagen, warum gehen denn die Hartz-IV-Empfänger und die, die im Niedriglohnbereich sind, kaum noch zu Versammlungen? Weil sie den Eindruck haben, egal was sie machen, es ändert sich ja doch nichts und weil sie sagen, die da oben das ist alles das gleiche, gleiche Brüder, gleiche Kappen, die entscheiden doch anderes als wir es wollen.

Und wenn man das also sieht und als Gefahr für die Demokratie begreift, dann muss man zustimmen, dass es mehr direkte Demokratie geben muss und dass die Menschen auch die Möglichkeit haben müssen, über politische Streiks, und das ist für mich dann ein Instrument der direkten Demokratie, Fehlentscheidungen der Regierung, die über die Köpfe der Bevölkerung hinweg getroffen wurden, zu korrigieren.

Und wir haben im Bundestag noch einen dritten Anlauf gemacht, um die Gewerkschaftsbewegung, die in den letzten Jahren und seit 2 Jahrzehnten praktisch mit dem Rücken zur Wand stand, zu stärken. Wir haben einen Antrag vorgelegt im Bundestag, dass im Falle von Streikbewegungen bei kalten Aussperrungen nicht die Gewerkschaftskasse bemüht wird, wie das Kohl und Blühm durchgesetzt haben in der Westrepublik, sondern dass es wieder so ein soll wie es vorher war, dass dann die Bundesanstalt für Arbeit, die Bundesagentur antritt, um diese Ausgesperrten zu bezahlen. Denn das ist ein Kampfinstrument, wenn die kalte Aussperrung dazu führt, dass die Gewerkschaftskasse geplündert wird. Nein wir wollen wieder eine Reform, eine wirkliche Reform an dieser Stelle. Und deshalb haben wir als Bundestagsfraktion das eingebracht.

Ich möchte noch etwas sagen zu dieser Frage „Armut in Deutschland und zu den Folgen“. Ich verweise da immer wieder auf den großen Soziologen Pierre Bourdieu, der wie kein anderer diese Frage in seinen Schriften untersucht hat. Aber keine Angst, ich mache hier kein akademisches Seminar. Bourdieu wies darauf hin, dass Menschen, die nicht mehr wissen, ob sie in 2 Wochen noch genug Geld zum Leben haben, dass Menschen, die nicht mehr wissen, ob sie am Monatsende ihre Miete bezahlen können, dass Menschen, die nicht wissen, ob sie ihre Stromrechnung oder Gasrechnung bezahlen können, dass Menschen, die seit langen Jahren arbeitslos sind, deren Kinder keine Lehrstelle bekommen oder die als Eltern ihrem Kind sagen müssen, ich kann dir den Schulausflug nicht bezahlen, ich habe die 10 Euro nicht, die er braucht, um den Schulausflug zu machen, dass diese Menschen nicht mehr in der Lage sind, an demokratischen Leben unserer Gesellschaft teilzunehmen, weil sie nicht mehr wagen, die Zukunft zu planen, sie können es ja gar nicht, sie wissen ja gar nicht was am Monatsende los ist, und ihre Widerstandskraft erlahmt, um sich gegen diese sozialen Verwerfungen der Gesellschaft aufzulehnen. Wer also Demokratie ernst meint, der muss sie zwingend, mit der sozialen Frage verbünden, sonst verkümmert die Demokratie zur hohlen Phrase und zum inhaltleeren Formalismus.

Beifall.

Das möchte ich dann zu einer Frage sagen, die vielleicht unnötig kontrovers vor einigen Monaten auch innerhalb der Linkspartei diskutiert worden ist, nämlich zu Frage wie verhält es sich denn mit den sozialen Rechten, wie verhält es sich mit den bürgerlichen Freiheitsrechten? Natürlich will eine Linke immer die sozialen Rechte und sie will immer die bürgerlichen Freiheitsrechte. Das ist doch überhaupt keine Frage. Aber wir wissen, dass die Erkenntnis schon der bürgerlichen Revolution in Frankreich nach wie vor gilt. Ich zitiere jetzt Saint Just der gesagt hat, ohne soziale Rechte gibt es keine Republik. Anders formuliert, was nützt dem Hungernden die Versammlungsfreiheit, was nutzt dem Analphabeten die Pressefreiheit und was nützt demjenigen, der keine Arbeit findet, eben die Möglichkeit alle 4 Jahre vielleicht ein Kreuzchen auf dem Stimmzettel zu machen. Nein, erst die sozialen Rechte konstituieren die Republik, die dann ergänzt werden muss um die bürgerlichen Freiheitsrechte. Das ist das politische Bekenntnis der Linken.

Beifall.

Dass wir viel Grund haben, über unsere demokratische Ordnung nachzudenken, zeigt beispielsweise auch der Vorgang um BenQ, d. h., also um die Handyfertigung. Ein klassisches Beispiel über die Praxis in der heutigen Wirtschaft. Das ist ja kein Einzelfall. Und dieses Beispiel zeigt, wie zynisch teilweise die Menschen vorgehen, die in der Wirtschaft nur noch zu entscheiden haben. Und dabei gehe ich sogar soweit zu sagen, dass sie vielleicht noch nicht einmal in abgrundtiefer böser Absicht solche Entscheidungen treffen. Sondern, weil wir in einer Gesellschaft in der letzten Zeit leben, die ihre Wertorientierung völlig verschoben hat. Das will ich an einem Beispiel deutlich machen. Als ich groß geworden bin in der Westrepublik da sprachen alle von Verantwortung. Der Begriff stand in allen politischen Programmen. Und es war eine völlige Selbstverständlichkeit, dass Verantwortung immer sozial gedacht war, nämlich Verantwortung der Stärkeren für die Schwächeren. D. h., derjenige, der Arbeit hat, fühlt sich verantwortlich für den, der keine hat. Derjenige, der gesund ist, fühlt sich verantwortlich für denjenigen, der krank ist, derjenige der noch pflegen kann, fühlt sich verantwortlich für denjenigen, der gepflegt werden muss usw. Und der Chef eines Betriebes fühlte sich im sozialen Sinne verantwortlich für die Belegschaft. Dass nannte man Rheinischen Kapitalismus. Heute ist der Begriff der Verantwortung aus den politischen Programmen der mit uns konkurrierenden Parteien getilgt. Er ist auch in der Sprache in der Öffentlichkeit weit gehend getilgt. Immer wieder lesen wir es geht um Eigenverantwortung nach dem Motto "Wenn jeder an sich selbst denkt, dann ist an alle gedacht". Das ist aber keine Grundlage einer Gesellschaft. Und diesen Begriff der Eigenverantwortung lehnt die politische Linke in Deutschland ab. Wir wollen wieder Verantwortung im Sinne des sozialen Miteinanders. In dem Sinne, dass der Stärkere dem Schwächeren hilft.

Beifall.

Ich werde oft gefragt, auf welchen Prinzipien man denn linke Politik aufbauen kann und hier an dieser Stelle zitiere ich immer Rousseau, den Aufklärer, von dem Marx auch viel in seinen eigenen Schriften gesagt, gelernt hat. Und Rousseau hat einen genialen Satz geprägt in seinen Schriften, den ich auch hier noch einmal wiederholen möchte und zu meiner Freude hängt er im Saal der Bundestagsfraktion der Linken, ohne dass ich irgend etwas damit zu tun habe. Irgendeiner hat das genauso gesehen.

Rousseau sagte: „Zwischen dem Starken und dem Schwachen unterdrückt die Freiheit während das Gesetz befreit“. Ich übersetze das jetzt in einer einfachen Formulierung. Die Schwächeren, wenn sie von den Starken nicht an die Wand gedrückt werden wollen, brauchen immer Gesetze und Regeln, die sie schützen. Und hier ist die Nahtstelle um die Auseinandersetzung, wenn die Bundeskanzlerin sagt, lasst uns mehr Freiheit wagen. Dann meint sie, mehr Freiheit vom Kündigungsschutz, dann meint sie mehr Freiheit von den Tarifverträgen, dann meint sie mehr Freiheit von sozialer Sicherung usw.

Das ist aber nicht Freiheit sondern das ist Unterdrückung. Wir haben einen anderen Freiheitsbegriff, den Freiheitsbegriff der so definiert wird, der Schwächere braucht immer Gesetze und Regeln, die ihm Freiheit ermöglichen, sonst kann er nicht frei sein.

Beifall.

Das kann man dann durchdeklinieren vom Kündigungsschutz, von der Hartz - Gesetzgebung bis eben zur internationalen Politik.

Was ja die Außenpolitik der letzten Jahre gekennzeichnet hat, war der Bruch des Völkerrechts. Die Tatsache, dass die einzig verbliebene Supermacht im Jugoslawienkrieg aber auch in den Folgekriegen schlicht und einfach gesagt hat, was stört uns das Völkerrecht, wir setzen allein auf die Macht?



Aber so im Inneren der Staaten, die Beachtung des Rechts, die Grundlage für den Frieden ist, so ist auch im Äußeren der Staaten, die Beachtung des Rechts die Grundlage für den Frieden. Wenn man das Völkerrecht nicht missachtet, und das gilt für den Jugoslawienkrieg, für den Afghanistankrieg, für den Irakkrieg, dann kann es keinen Frieden in der Welt geben.

Es gibt keine Ordnung in der Geschichte, in der nicht das Recht beachtet worden ist und die dann in irgendeiner Form zu Frieden geführt hätte.

Und der Fehler der Außenpolitik der letzten Jahre war, dass die rot-grüne Koalition und jetzt natürlich nahtlos fortgesetzt von der großen Koalition diesen entscheidenden Gedanken nicht aufgenommen hat in der Außenpolitik. Vereinfacht formuliert: Die Außenpolitik achtet nicht das Völkerrecht oder hat das Völkerrecht nicht zur Grundlage.

Und dass sich das heute fortsetzt, kann ich an einem Beispiel deutlich machen – z.B. die Auseinandersetzung mit dem Iran.

Es gibt dem Atomwaffensperrvertrag. Das ist ein international gültiger Vertrag. Aber die Politik der westlichen Staatengemeinschaft gegenüber dem Iran gestaltet sich nach folgendem Motto:

Entgegen allen Bestimmungen dieses Vertrages sagt die Politik der westlichen Staatengemeinschaft. Es gibt Staaten, die dürfen Atomwaffen haben, das sind wir und es gibt Staaten, die dürfen keine Atomwaffen haben, dazu gehört der Iran. Und das ist für den Iran besonders deshalb schwierig, weil der Nachbar Pakistan natürlich Atomwaffen hat, weil in unmittelbarer Nähe Indien ist mit Waffen, weil Russland da ist mit Atomwaffen, weil Israel da ist mit Atomwaffen. Man kann doch keine Ordnung international aufbauen auf dieser Grundlage. Die einen dürfen Atomwaffen haben, die anderen nicht. Nein der Atomwaffensperrvertrag verpflichtet alle Atomwaffenmächte kontrolliert international abzurüsten, man darf den nicht immer wieder brechen.

Beifall.

Allein hier ist deutlich geworden in den Debatten des Deutschen Bundestages wie notwendig eine neue politische Linke in Deutschland ist.

Wir sind die einzige Gruppe, die das fordert. Wir fordern auch den Rückzug der Truppen aus Afghanistan, als einzige politische Gruppierung. Und wir weisen auch immer als einzige darauf hin, dass es für alle anderen peinlich ist, dass das Bundesverwaltungsgericht festgestellt hat, dass wir am Irakkrieg beteiligt sind. Das wollen sie nicht gerne hören. Die deutsche Öffentlichkeit lebt ja im fundamentalen Irrtum wir seien am Irakkrieg nicht beteiligt. Um das zu übersetzen, man stelle sich vor, die Amerikaner würden Deutschland angreifen von französischen Flugplätzen aus. Und die Franzosen würden die amerikanischen Kasernen bewachen usw. usw. Sie würden sonstige logistische Hilfe geben und würden dann sagen, an dem Krieg der Amerikaner gegen euch sind wir aber nicht beteiligt.

Genau dies behaupten wir gegenüber dem Irak. Und deshalb ist es gut, dass zumindest eine höchst richterliche Entscheidung die Deutschen darauf hingewiesen hat, dass das ein kompletter Unsinn ist. Es war richtig, dass die Regierung Schröder keine Soldaten in den Irakkrieg geschickt hat. Aber wir täuschen uns, wenn wir glauben, wir seien an diesem Kriegsgeschehen nicht beteiligt. Und dieser Krieg, der ja immer noch in der Spielart wie er jeden Tag im Fernsehen ist, weitergeführt wird, ist ein völkerrechtswidriger Krieg.

Um das ganze noch weiter zuzuspitzen, möchte ich darauf hinweisen, dass wir auch die einzige Fraktion sind im Deutschen Bundestag, die die Frage stellt, wenn wir den internationalen Terrorismus bekämpfen, was versteht ihr denn unter Terrorismus?

Und das bringt sie dann einfach ins Schwitzen. Sie können dann darauf gar nicht antworten.

Nein, es ist so, dieses Land der Dichter und Denker, wie uns eine französische Schriftstellerin

mal genannt hat, hat eine Regierung, die das sitzt wie eine 1. Schulklasse, wenn ihr die Frage vorgelegt wird, was bitteschön, was versteht ihr unter internationalem Terrorismus?

Und wir geben dann eine klare Antwort und sagen, wir die Linke wir verstehen unter internationalem Terrorismus das rechtswidrige Töten unschuldiger Menschen, um politische oder religiöse Ziele durchzusetzen und nach dieser Definition ist selbstverständlich der Anschlag auf das World Trade Center Terrorismus gewesen. Nach dieser Definition sind selbstverständlich alle Selbstmordattentäter auch Terroristen, denn sie ziehen wieder Unschuldige mit in den Tod. Aber, und das ist das Problem dieser Regierung. Nach dieser Definition sind auch die Kriege in Afghanistan und Irak Terrorismus, weil Zigtausend unschuldige Menschen umgebracht werden zum Erreichen politischer Ziele.  
Beifall.

Und das ist natürlich eine sehr interessante Entwicklung. Und wir haben jetzt im Bundestag ein Gesetz, indem die Antiterrordatei begründet werden soll und genau in diesem Gesetz ist dann die Definition aufgenommen, die wir jetzt vorgetragen haben. Das wird nun spannend, ob Bush oder Blair demnächst in der Antiterrordatei in Deutschland auftauchen. Ich bin mal gespannt.  
Heiterkeit.

Ja, wenn man überhaupt lesen kann, nur deutsche Wörter noch lesen kann, ist das zwangsläufig, denn sie haben rechtswidrig Gewalt eingesetzt und unschuldige Menschen umbringen lassen zum Erreichen politischer Ziele. Mal sehen, vielleicht stellen wir einen Antrag. Das ist nun mal so, die politische Linke muss verstehen. Was ist denn unsere Utopie? Für mich ist es immer die Utopie der Aufklärung, die Weltgesellschaft der Freien und Gleichen. Und zur Gleichheit gehört eben auch die Gleichheit vor dem Gesetz.  
Beifall.

Um das Ausmaß unserer Aufgabe deutlich zu machen, möchte ich an dem Begriff Terrorismus etwas weiter stricken und möchte euch sagen, im Grunde genommen muss die Linke ihre politische Sprache wieder gewinnen. Der Neoliberalismus hat nämlich eine eigene Sprache geschaffen. Und wir haben natürlich ohne es zu merken, diese Sprache mehr und mehr übernommen. Ich sage bewusst wir.

Ich will ein Beispiel erzählen, wo ich selbst reingefallen bin allerdings nur eine Zeit lang. Das ist der Begriff der Lohnnebenkosten. Ich habe ihn auch verwand vor 10 Jahren, vor 15 Jahren. Ihr werdet ihn in Schriften finden, wo ich einfach geschrieben habe, die Lohnnebenkosten sind etwa für Handwerker und Dienstleister vor Ort zu hoch. Warum ist dieser Begriff ein klassisches Beispiel für meine Behauptung, dass Wörter mächtiger sind als Bundeskanzler oder Minister?

Ich will es am Begriff Lohnnebenkosten deutlich machen.

Kein Rentner würde, wenn er seine Rente bekommt sagen, jetzt kriege ich meine Lohnnebenkosten. Keine Familie die Pflegegeld kriegt, weil sie ein älteres Mitglied pflegt, würde sagen, jetzt kriege ich Lohnnebenkosten. Und keiner dem man also die Arztrechnung bezahlt, oder das Geld dafür kriegt, würde sagen, jetzt habe ich meine Lohnnebenkosten bekommen usw. usw.

Dieser Begriff ist also ein reiner Begriff eines bestimmten gesellschaftlichen Interesses, also in diesem Falle des Interesses der Unternehmerschaft. Denn für Unternehmer sind diese Beiträge, die ja Lohnbestandteile sind, diese Lohnbestandteile lästige Kosten.

Und so haben sie den Begriff Lohnnebenkosten gesetzt.

Jetzt wird es spannend, und dieser Begriff Lohnnebenkosten ist in den Programmen aller mit uns konkurrierenden politischen Parteien. Alle, ob grün, rot, gelb oder schwarz plappern im Fernsehen, wir müssen die Lohnnebenkosten senken. Nun übersetzen wir diesen Begriff einen Moment ins Deutsche. Lohnnebenkosten heißt Geld für Rentner, für Kranke, für Arbeitslose, für Pflegebedürftige und dann heißt eben dieser eine Satz in den Programmen unserer konkurrierenden Parteien, wir müssen das Geld für Rentner, für Arbeitslose, für Kranke, für Pflegebedürftige kürzen und so hat man in einem einzigen Wort die gesamte Problematik der letzten Jahre entschlüsselt. Es wurde das Geld für Rentner, für Kranke, für Arbeitslose, für Pflegebedürftige gekürzt. Also mit dem einen Wort Lohnnebenkosten haben die Wirtschaftsverbände die Politik der letzten 10 Jahre vorgegeben. So bedeutend sind manchmal Sprache und Wörter, liebe Genossinnen und Genossen.  
Beifall.

Ich will einen zweiten Begriff ansprechen. Das ist die Flexibilität des Arbeitsmarktes. Jeder Quatschkopf, der sich in Deutschland zu ökonomischen Fragen äußert, insbesondere in den berühmten Fernsehrunden, ist selbst beim 3. Satz bei der sogenannten Flexibilität des Arbeitsmarktes. Und das ist ein solches Täuschungswort, ein Betrugswort wie das Wort Lohnnebenkosten. Weil es den Anschein hat, es würde etwas Vernünftiges vorgetragen, etwas Gutes. In Wirklichkeit ist es aber ein Programm von Sozialabbau und Entmündigung. Und jetzt übersetzen wir den Begriff Flexibilität des Arbeitsmarktes ins Deutsche. Der heißt dann wir wollen keinen Kündigungsschutz, wir wollen befristete Arbeitsverträge, wir wollen Arbeitszeit ohne Rücksicht auf soziale und familiäre Belange und wir wollen möglichst niedrige Löhne.

Und auch da haben wir die Entwicklung der letzten Jahre in einem einzigen Wort. Und das interessante ist, dass eben für Arbeitsverträge, die befristet sind ohne Kündigungsschutz, möglichst niedrig, Professoren eintreten oder Leute, die bei der Bundesbank einen Job haben, also Leute, die lebenslanglich als Beamte niemals in die Situation kommen, von solchen Ratschlägen betroffen zu sein. Und da sieht man eben wo es an der Wertorientierung unserer Gesellschaft krankt, würde der in allen Hochkonjunktoren geltende Satz in unserem Lande verbindlich sein: „Was du nicht willst, das man dir tut, das füge auch keinem Anderen zu“, dann wäre das gesamte Geschwätz in unseren Medien und in unseren Parlamenten grundlegend anders. Nur, wenn dieser einzige Satz geltend wäre, den ich jetzt zitiert habe.  
Beifall.

Aber ich komme noch einmal zu den Auswirkungen der Flexibilisierung des Arbeitsmarktes – kein Kündigungsschutz, befristete Arbeitsverträge, möglichst niedrige Bezahlung und eben dann Arbeitszeiten rund um die Uhr. Dann sitzen sie im Bundestag und in allen anderen Parlamenten und jammern darüber, dass die Deutschen aussterben. Es gibt keine Kinder mehr. Ja, durch diese Politik sind sie doch die Hauptverantwortlichen dafür. Junge Menschen, die nicht mehr wissen, ob sie in ein paar Monaten noch Geld auf dem Konto haben, die können keine Familie gründen und die können erst recht keine Kinder in die Welt setzen. Sonst wären sie nämlich verantwortungslos.  
Beifall.

Man könnte viele andere Wörter benutzen, das Wort Reform, dass ja ein Kosewort für Sozialabbau ist, die Reformer Deutschlands sind ja die Sozialabbauer Deutschlands. Was anderes kann ja überhaupt nicht mehr gesagt werden.

Ich will ein Wort noch ansprechen. Das Wort Globalisierung, weil es auch in anderen Parteitagungen eine Rolle gespielt hat. Das Wort Globalisierung ist ebenfalls eines der Täuschung- und Lügenwörter des internationalen Finanzkapitalismus.

Es wird nämlich so getan, als beschreibe dieses Wort eine Entwicklung, die Gott oder die Natur gegeben sei und als können wir gegen diese Entwicklung überhaupt nicht unternehmen. Und deshalb lehne ich es ab, von der Globalisierung überhaupt noch zu sprechen. Ich rede lieber vom Kapitalismus, weil dieser Begriff Machtverhältnisse klarstellt, weil er weiß, was gesellschaftliche Bedingungen noch sind in den verschiedenen Ländern. Und der internationale Finanzkapitalismus ist aggressiv, er ist expansiv, er ist mit die Ursache für viele Probleme. Denkt an die Öl- und Gaskriege im vorderen Orient. Und deshalb darf die Linke nicht blauäugig von Globalisierung sprechen sondern sie sollte wieder vom Kapitalismus und internationalen Finanzkapitalismus sprechen, damit sie weiß, wovon sie eigentlich noch redet. Beifall.

Und da sehe ich dann manchmal eine gewisse, das darf ich dann sagen als ehemaliger Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und als Westdeutscher, sehe ich eine gewisse Befangenheit auch bei dem einen oder anderen in der Linkspartei, wenn man solche Wörter benutzt wie Kapitalismus. Aber dies ist dann eine Fehlentwicklung, die historisch verständlich ist, die ich aber ansprechen möchte, gerade hier bei euch. Es ist dringend notwendig, sich mit den Entscheidungen der SED, der DDR auseinander zusetzen und all das aufzuarbeiten, was da oder dort falsch gelaufen ist. Das ist ein selbstverständlicher Konsens zwischen uns allen und ich glaube es ist niemand hier, wie immer er sich politisch versteht, der sagen wird, nein es gab da keine Fehler, da müssen wir nichts aufarbeiten, wir sind der Meinung, es war alles in bester Butter. Aber wenn alles in bester Butter gewesen wäre, dann gäbe es die DDR wahrscheinlich heute noch.

Aber wenn man sich damit auseinandersetzt und das ist zwingend notwendig, und wenn man die Fehlentwicklung korrigiert, dann darf es nicht soweit gehen, dass man das Kind mit dem Bade ausschüttet und dass man vergisst, dass die Sozialismusversuche eben auf einer großartigen Menschheitsidee fußten, nämlich auf der Idee der Weltgesellschaft der Freien und Gleichen, die leben können gleichberechtigt in Würde und ohne soziale Not. Man darf nicht alles über Bord werfen, was man einmal gelernt hat, liebe Genossinnen und Genossen. Beifall.

Und deshalb möchte ich nicht in eine Situation kommen, dass Helmut Schmidt vom Kapitalismus spricht, dass Heiner Geißler vom Kapitalismus spricht, dass aber die politische Linke in Deutschland Angst hat, das Wort überhaupt in den Mund zu nehmen, weil irgend einer auf die Idee kommen könnte, das haben die doch früher auch immer gesagt, nein die Dinge haben sich fundamental geändert. Wir haben mittlerweile eine Weltwirtschaftsordnung, die immer brutaler wird.

Ich habe kürzlich an einer Debatte teilgenommen und da war ein ehemaliger Funktionär der UdSSR und da ging es um die Frage, warum wir eine schlechte Lohnentwicklung in Deutschland haben. Da hat dieser Mann gesagt, ja, das will ich euch sagen. Früher saßen drei Tarifparteien am Tisch, das waren einmal die Arbeitgeber, das war zum zweiten die Gewerkschaften, zum dritten waren auch die kommunistischen Staaten, die eben dann zumindest den Rheinischen Kapitalismus bewogen haben, nicht das Kind mit dem Bade auszuschütten, wenn es darum ging, die Renditevorstellungen der Unternehmen zu maximieren. So ganz falsch war diese Analyse dieses Funktionärs sicherlich nicht. Beifall.

Ich fasse zusammen.

Wir haben als Linke eine große Aufgabe. Und ich stimme dem zu. Ich habe die Referate gelesen, die gesagt haben, wir würden vor der Geschichte versagen, wenn wir jetzt nicht in der Lage wären, die neue politische Linke in Deutschland zustande zubringen.

Das waren über 4 Millionen Wählerinnen und Wähler bei der letzten Bundestagswahl, die uns gesagt haben, jawohl, was ihr da wollt, das halten wir für richtig. Wir wollen wieder eine politische Adresse in Deutschland haben, das sollt ihr sein, die politische Linke in Deutschland. Und das ist unser historischer Auftrag und das bindet auch alle Fragen zusammen. Es geht nicht darum in erster Linie wie hoch unsere Prozentzahlen sind. Es geht auch nicht darum in erster Linie, welcher von den Hauptdarstellern mit eingeschlossen werden darf oder sein Gesicht ins Fernsehen oder in die Presse hängen kann. Es geht auch nicht in erster Linie darum, dass der ein oder andere Macht zusammenballt. Es geht einzig allein um die Frage, in welchem Umfang und in welchem Ausmaß gelingt es uns, die Lebensbedingungen der Menschen zu verbessern, die uns bei Wahlen den Auftrag geben. Wenn wir da keine glaubwürdige Antwort geben können, dann sind wir eines Tages genauso angesehen wie die anderen Parteien und wir werden auch so abgestraft werden bei Wahlen wie diese.

Beifall.

Ich meine, wir haben wirklich eine große Herausforderung vor uns. Und ich meine, weil wir eine Vision haben. Eine Vision einer Gesellschaft der Freien und Gleichen, die weitaus gerechter ist, in der jeder Mensch sein Leben soweit es irgendwie geht, selbst bestimmen kann, eine Gesellschaft, in der auch die sozialen Grundlagen sind für die demokratische Teilhabe, müssen wir es schaffen, diese neue Linke in Deutschland zu bauen. Ich benutze einfach das Wort, sie zu bauen, sie auf den Weg zu bringen. Und da haben wir gute Voraussetzungen. Und ich habe die Beiträge verfolgt, die hier geleistet worden sind und ich bin sicher, dass auch eure Landespartei daran mitwirken wird. Ich bitte euch sehr herzlich darum. Viele Menschen in Deutschland warten darauf, dass es wieder eine starke politische Linke gibt. Es liegt nun an uns, sie zu schaffen. Und ich wünsche, dass ihr dabei mitwirkt.

Beifall.